Erklärung der kurdischen Frauenbewegung zum 25. November

Mit ihrer Erklärung zum 25. November entwirft die kurdische Frauenbewegung TJA eine dezidiert systemkritische Analyse patriarchaler Gewaltverhältnisse und entwirft Alternativen auf der Basis von Kommunalismus, Ökofeminismus und Geschlechtergerechtigkeit.

Wie kann ein Leben ohne Gewalt aussehen – jenseits von Staat, Patriarchat und Militarismus? Diese Frage stellt die Bewegung Freier Frauen (TJA) in den Mittelpunkt ihrer diesjährigen Erklärung zum 25. November. In einem umfassenden politischen Text, der am Montag in Amed (tr. Diyarbakır) vorgestellt wurde, analysiert die Bewegung die Ursachen geschlechtsspezifischer Gewalt und plädiert für eine solidarische Gesellschaft, in der Frauen Subjekte von Veränderung und Gerechtigkeit sind. Die Forderung ist klar: Frieden beginnt, wenn alle Formen der Gewalt enden – gegen Frauen, Kinder, Natur und Gesellschaft:

„Am 25. November – dem Internationalen Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen – gedenken wir in Kontinuität der feministischen Kämpfe jener Frauen, die im Widerstand gegen autoritäre Herrschaftsverhältnisse ihr Leben lassen mussten. Im Bewusstsein der historischen Kontinuität geschlechtsspezifischer Gewalt tragen wir die Erinnerung an die 1960 in der Dominikanischen Republik ermordeten Mirabal-Schwestern in uns – als Symbol widerständiger Weiblichkeit gegen Diktatur, Patriarchat und epistemischen Ausschluss.

Wir begegnen diesem Tag im Geiste der getöteten Frauen, mit ihrer Wut und mit ihrer widerständigen Kraft. In ihrer Tradition führen wir unseren Kampf gegen Feminizide fort – konsequent, kompromisslos und verankert im kollektiven Gedächtnis feministischer Bewegungen. Unser Ziel ist nicht bloß das Überleben in gewaltvollen Strukturen, sondern die radikale Transformation gesellschaftlicher Verhältnisse hin zu einem Leben in Freiheit und Würde – verwirklicht durch demokratische, egalitäre und solidarische Strukturen.

Gewalt als konstitutives Element patriarchaler Ordnungen

Die feminisierte Subjektposition wurde über Jahrtausende hinweg durch strukturelle, symbolische und physische Gewalt reglementiert, domestiziert und diszipliniert. Die gewaltsame Verdrängung von Frauen aus dem öffentlichen Raum, die systematische Entwertung ihrer epistemischen Beiträge sowie die ökonomische Ausbeutung ihrer Reproduktionsarbeit sind keine zufälligen Erscheinungen, sondern Ausdruck eines historisch sedimentierten patriarchalen Machtgefüges.

Die soziale, kulturelle und politische Unsichtbarmachung von Frauen sowie die Aneignung ihrer Körper, ihres Wissens, ihrer Arbeit und ihrer Lebenszeit konstituieren die Grundlage dessen, was wir als geschlechtsspezifische Gewalt im weiteren Sinne fassen müssen. Diese Gewalt ist nicht privat, nicht punktuell, nicht individuell. Sie ist systematisch, global und eingebettet in die kapitalistische Moderne, deren Strukturprinzipien auf Geschlechterhierarchien, Kolonialität und Ausbeutung beruhen.

Der globalisierte Feminizid

Die Gewalt, der Frauen weltweit ausgesetzt sind, ist Ausdruck eines systemischen Kriegs gegen Körper, die als weiblich, feminisiert oder anderweitig deviierend markiert werden. Nach Schätzungen werden jährlich über 80.000 Frauen durch patriarchale Gewalt getötet – eine erschreckende Bilanz des globalisierten Feminizids. Dieser Krieg ist transnational, interinstitutionell und multidimensional. Er wird geführt in Ehe und Familie, durch Sicherheitsapparate, Justizsysteme, Medien und ökonomische Strukturen.

In der Türkei, in Kurdistan und in der gesamten Nahostregion ist dieser Krieg durch eine institutionalisierte Straflosigkeit, durch symbolische Gewalt und durch politische Kriminalisierung feministischer Akteurinnen geprägt. Die Zunahme sogenannter „verdächtiger Todesfälle“ von Frauen, die häufig als Suizide klassifiziert werden, verweist auf die weitreichende Leugnung struktureller Gewaltverhältnisse. Wir wissen: Hinter vielen dieser Tode stehen männliche Täter und ein Staatsapparat, der sich weigert, Verantwortung zu übernehmen.

Familienpolitik als Instrument der Disziplinierung

Die staatliche Inszenierung der „heiligen Familie“ fungiert in der gegenwärtigen politischen Konstellation als ideologisches Instrument zur Reetablierung traditioneller Geschlechterrollen und zur Relegitimierung männlicher Vorherrschaft. Der unter dem Deckmantel des „Jahres der Familie“ implementierte türkische Politikkurs zielt auf die Re-Privatisierung von Frauen, auf ihre Reproduktion als häusliche Subjekte und auf die Unsichtbarmachung der innerhalb familiärer Strukturen verübten Gewalt.

Gleichzeitig wird Gewalt in der Partnerschaft durch juristische, mediale und gesellschaftliche Narrative relativiert, individualisiert und entpolitisiert. Täter erfahren mildernde Umstände, während Betroffene häufig retraumatisiert, ignoriert oder kriminalisiert werden. Schutzmaßnahmen bleiben ineffektiv oder werden untergraben – mitunter werden Frauen gezwungen, mit ihren Tätern in derselben Wohnung zu verbleiben. Der Staat schützt nicht. Er produziert und stabilisiert Gewalt.

Rechtsprechung als Ort struktureller Reproduktion patriarchaler Macht

Obwohl das geltende Recht formal Gleichheit und Schutz verspricht, bleibt es in der Praxis ein Ort hegemonialer Männlichkeit. Die geplante Einführung des 11. Justizpakets enthält Elemente, die das individuelle Recht auf ein gewaltfreies Leben in Frage stellen und die internationalen menschenrechtlichen Verpflichtungen der Türkei unterminieren. Gesetze, die im Namen des Schutzes formuliert werden, reproduzieren durch diskriminierende Auslegungspraxis patriarchale Gewaltverhältnisse.

Immer häufiger verwandeln sich Gerichtsprozesse für überlebende Frauen in Räume sekundärer Viktimisierung. Die staatliche Justiz wird nicht als Schutzraum, sondern als Ort der Delegitimierung und der Reproduktion von Ohnmacht erfahren. Während Frauen, die sich in Notwehr gegen ihre Peiniger verteidigen, mit drakonischen Strafen überzogen werden, gehen Männer, die Gewalt ausüben, straffrei aus oder erhalten symbolische Sanktionen.

Militarismus, Kolonialität und geschlechtsspezifische Gewalt

Gewalt gegen Frauen ist auch als koloniale Kontinuität lesbar. In den Regionen Kurdistans, insbesondere im Südosten der Türkei, zeigt sich, wie eng staatlich forcierte Militarisierung mit sexueller, physischer und psychischer Gewalt gegen Frauen verknüpft ist. Die in den 1990er Jahren etablierten Formen der Zwangsvertreibung, Folter und geschlechtsspezifischen Stigmatisierung wirken bis heute nach. Die Körper kurdischer Frauen werden dabei nicht nur als Zielscheibe, sondern als Trägerinnen eines kollektiven Gedächtnisses angegriffen.

Bis heute sind zahlreiche Gewaltverbrechen an Frauen in dieser Region ungeklärt. Der Fall Gülistan Doku ist emblematisch für das systematische Schweigen und die institutionelle Untätigkeit des Staates. Die Ermordung von Narin Güran – ein Kind – verweist auf die Intersektion von Armut, Gender und struktureller Vernachlässigung. Die feministische Analyse solcher Fälle offenbart die Verschränkung ökonomischer, politischer und kultureller Gewaltmodi.

Frieden als radikale Transformation, nicht als Waffenstillstand

Wir begreifen Frieden nicht als bloßen Zustand der Abwesenheit militärischer Konfrontation, sondern als umfassenden Transformationsprozess. Frieden bedeutet die Aufhebung aller Formen patriarchaler Gewalt: gegen

Frauen, Kinder, Natur, Sprache und Erinnerung. Insofern ist der durch Abdullah Öcalan angestoßene Friedens- und Demokratisierungsprozess für uns untrennbar mit dem Kampf für Geschlechtergerechtigkeit verbunden.

Ein Frieden ohne Frauen ist kein Frieden. Frieden ist nur dann tragfähig, wenn Frauen aktive Subjekte des politischen Wandels sind: als Entscheidungsträgerinnen, als Trägerinnen historischer Wahrheit, als Produzentinnen von Gerechtigkeit. Nur dann kann eine wirkliche Abkehr vom Zyklus der Gewalt gelingen.

Kommunalismus als feministische Gegenstruktur

Die Grundlage für eine geschlechtergerechte Gesellschaft liegt in der Reaktivierung kommunalistischer, egalitärer und ökologischer Formen des Zusammenlebens. Die patriarchale Moderne hat über Jahrhunderte hinweg emanzipatorische Praktiken zerstört: durch Kolonialisierung, Kapitalisierung, Technokratisierung. Der Aufbau von geschlechtergerechten Kommunen, von Solidarökonomien und partizipativen Entscheidungsstrukturen ist deshalb nicht nur Ziel, sondern Notwendigkeit.

Wir verstehen den Aufbau solcher Strukturen als radikale Form feministischer Selbstverteidigung – gegen Feminizid, gegen Kapitalismus, gegen epistemischen Kolonialismus. Unsere Perspektive ist nicht reformistisch, sondern transformativ.

Widerstand als kollektiver Prozess

Der Kampf gegen Gewalt an Frauen ist untrennbar mit dem Kampf gegen Armut, Umweltzerstörung und rassistische Ausschlüsse verbunden. Die kapitalistische Moderne produziert gezielt feminisierte Armut und zerstört systematisch Lebensräume. Frauen werden von ihren materiellen und sozialen Ressourcen getrennt, in ökonomische Abhängigkeit gedrängt und durch staatliche wie familiäre Institutionen diszipliniert.

Unser Widerstand speist sich aus Liedern, Erinnerungen, Netzwerken, Theorien und Alltagspraxen. Wir knüpfen an eine jahrtausendealte Geschichte weiblicher Resilienz und kollektiven Überlebenswillens an. Unsere Stimmen sind laut – gegen Armut, gegen Ausbeutung, gegen Epistemizid.

Für eine „Frauenrenaissance“

Unsere Kämpfe sind Ausdruck einer neuen feministischen Zeitrechnung. Wir nennen sie „Frauenrenaissance“ – einen Aufbruch, der kollektives Gedächtnis mit utopischem Horizont verbindet. Für diese Renaissance bedarf es der Wiederaneignung von Sprache, von Wissen, von Körpern und von Entscheidungsgewalt.

Der 25. November ist für uns kein Gedenktag, sondern ein politischer Moment. Wir begegnen ihm mit der Energie der Hoffnung und der Radikalität feministischer Praxis. Unser Ziel bleibt ein Leben frei von Gewalt – ökologisch, sozial, politisch, kulturell und epistemisch.

Es lebe der gemeinsame Kampf der Frauen. Jin, Jiyan, Azadî.“